

Ausgleichsbezüge nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG)

¹Inhaber oder Inhaberinnen eines Eingliederungsscheins (ehemalige Soldaten auf Zeit oder ehemalige Soldatinnen auf Zeit, § 9 SVG) erhalten nach Beendigung des Wehrdienstverhältnisses beim Bezug von Besoldung längstens für die Dauer von zehn Jahren Ausgleichsbezüge nach § 11a SVG. ²Die Ausgleichsbezüge werden neben der monatlichen Besoldung gezahlt. ³Für die Festsetzung und Zahlung der Ausgleichsbezüge war nach § 87 Abs. 2 SVG in der bis 31. Mai 2005 gültigen Fassung die Behörde zuständig, der die Zahlung der Besoldung oblag. ⁴Die Vorschrift des § 87 Abs. 2 SVG ist durch Art. 1 des Gesetzes zur Fortentwicklung der soldatenversorgungsrechtlichen Berufsförderung (Berufsförderungsfortentwicklungsgesetz – BfFEntwG) vom 4. Mai 2005 (BGBl I S. 1234) ab 1. Juni 2005 aufgehoben worden. ⁵Damit sollten die Bezügestellen der Länder von den ihnen durch § 87 Abs. 2 SVG (in der bis 31. Mai 2005 gültigen Fassung) obliegenden Aufgaben langfristig entlastet werden. ⁶Vor dem Hintergrund der durch das BfFEntwG ebenfalls zum 1. Juni 2005 neu eingefügten Übergangsregelung des § 98 SVG bedeutet das Folgendes:

1. Neues Recht

¹Mit der Aufhebung des bisherigen § 87 Abs. 2 SVG ist das Zahlungs- und Abrechnungsverfahren der Ausgleichsbezüge nach § 11a SVG dem Bundesministerium der Verteidigung oder der von ihm bestimmten Stellen übertragen worden. ²Das bedeutet, dass für Inhaber oder Inhaberinnen eines Eingliederungsscheins (§ 9 SVG), die nach dem 31. Dezember 2005 ihren Dienst auf einer vorbehaltenen Stelle (§ 10 SVG) antreten oder ohne Inanspruchnahme einer vorbehaltenen Stelle bei einem Dienstantritt nach dem 31. Dezember 2005 ihren Eingliederungsschein zum Zweck des Erhalts von Ausgleichsbezügen (§ 11a SVG) zur Personalakte beim neuen Dienstherrn (Freistaat Bayern) geben, ausschließlich der Bund für die Zahlung und Abrechnung der Ausgleichsbezüge zuständig ist.

2. Übergangsrecht

¹Nach § 98 Abs. 2 SVG sind die Verfahrensvorschriften des § 87 Abs. 2 und 3 Satz 2 SVG (in der bis 31. Mai 2005 gültigen Fassung) weiterhin anzuwenden auf

die Inhaber und Inhaberinnen eines Eingliederungsscheins (§ 9 SVG), die bis zum 31. Dezember 2005 ihren Dienst auf einer vorbehaltenen Stelle (§ 10 SVG) angetreten oder ohne Inanspruchnahme einer vorbehaltenen Stelle bei einem Dienstantritt vor dem 1. Januar 2006 ihren Eingliederungsschein zum Zweck des Erhalts von Ausgleichsbezügen (§ 11a SVG) zur Personalakte beim neuen Dienstherrn (Freistaat Bayern) gegeben haben. ²Damit soll der Wechsel der Zuständigkeiten zur Zahlung der Ausgleichsbezüge erleichtert werden. ³Wegen der Höchstbezugsdauer der Ausgleichsbezüge (gemäß § 11a Abs. 1 Satz 2 SVG längstens zehn Jahre) kann die Weiteranwendungsanordnung des § 98 Abs. 2 SVG sonach noch bis Ende 2015 Wirkung entfalten. ⁴Für diese Übergangsfälle gelten die nachstehenden Hinweise.

2.1 Höhe der Ausgleichsbezüge

2.1.1 Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Gemäß § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SVG sind die Ausgleichsbezüge zu gewähren in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den Anwärterbezügen zuzüglich des nach Art. 84 zu zahlenden Erhöhungsbetrags und dem Grundgehalt einschließlich Amtszulage (§ 42 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz – BBesG) und Stellenzulage nach Nr. 27 Abs. 1 der Vorbemerkungen zu den BBesO A und B (in der bis 30. Juni 2009 gültigen Fassung) der Dienstbezüge des letzten Monats zuzüglich des nach § 67 Abs. 1 Satz 4 BBesG (in der bis 11. Februar 2009 gültigen Fassung) zu zahlenden Betrags (beim Bund der Aufstockungsbetrag nach § 2 Abs. 1 Satz 3 des Bundessonderzahlungsgesetzes – BSZG – in der bis 30. Juni 2009 geltenden Fassung) als Soldat auf Zeit oder Soldatin auf Zeit.

2.1.2 Beamte und Beamtinnen nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes

Gemäß § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SVG sind die Ausgleichsbezüge in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Besoldung des Beamten oder der Beamtin (Grundgehalt einschließlich Amtszulage, Zulage für besondere Berufsgruppen und Strukturzulage) und den entsprechenden Bestandteilen der Dienstbezüge des letzten Monats als Soldat auf Zeit oder als Soldatin auf Zeit zu gewähren.

2.2 Berechnung der Ausgleichsbezüge

2.2.1 Besoldungsmitteilung

¹Soldaten auf Zeit und Soldatinnen auf Zeit erhalten für die Berechnung der Ausgleichsbezüge beim Ausscheiden aus dem Dienst von der zuständigen Wehrbereichsverwaltung – Gebührenwesen – eine Besoldungsmitteilung über die Höhe der Dienstbezüge des letzten Monats als Soldat auf Zeit oder Soldatin auf Zeit. ²Bei der Bewerbung um Übernahme in den Dienst des Freistaats Bayern ist diese Besoldungsmitteilung vorzulegen. ³Sie ist im Fall der Einstellung des Bewerbers oder der Bewerberin der jeweils zuständigen Bezügestelle zuzuleiten. ⁴Eine weitere Mitteilung der Wehrbereichsverwaltung – Gebührenwesen – über die Höhe der Dienstbezüge nach allgemeinen Besoldungserhöhungen oder sonstigen Änderungen (z. B. nach der Überleitung in das neue Besoldungssystem des Bundes ab 1. Juli 2009) erfolgt nicht.

2.2.2 Berechnungsgrundlage

¹Die Besoldungsmitteilung ist Grundlage für die Berechnung der Ausgleichsbezüge durch die zuständige Bezügestelle. ²Die dieser Berechnung zugrunde zu legenden Dienstbezüge des letzten Monats als Soldat auf Zeit oder Soldatin auf Zeit sind in Fällen einer allgemeinen Bezügeerhöhung durch die Bezügestellen entsprechend fortzuschreiben.

¹Die Berechnung der ab 1. Juli 2009 zugrunde zu legenden Dienstbezüge als ehemaliger Soldat auf Zeit oder als ehemalige Soldatin auf Zeit erfolgt ebenfalls durch die Bezügestelle auf Grundlage der Überleitungsvorschriften des Bundes. ²Zur Durchführung der Überleitung wird auf das FMS vom 6. November 2009 (Gz.: 23 - P 1510 - 009 - 42 440/09) und die Erlasse des Bundesministeriums der Verteidigung vom 20. Mai 2009 (PSZ III 3 – Az 20-05-00) und vom 8. Juni 2009 (PSZ III 3 – Az 20-05-00) verwiesen.

2.2.3 Besoldungsänderungen

Ändern sich die Bezüge des Beamten oder der Beamtin durch Erhöhung oder Verminderung der vom Freistaat Bayern zu zahlenden Besoldung oder der Anwärterbezüge oder durch eine Bezügeänderung (Berücksichtigung von allgemeinen Bezügeerhöhungen), so sind ab dem Tag der Änderung diese Bezüge

und die fortgeschriebenen Bezüge als ehemaliger Soldat auf Zeit oder Soldatin auf Zeit der Berechnung der Ausgleichsbezüge zugrunde zu legen.

2.2.4 Teilzeitbeschäftigung

Bemessungsgrundlage für die Ausgleichsbezüge bei teilzeitbeschäftigten Beamten und Beamtinnen sind das nach Art. 6 verringerte Grundgehalt der Besoldung als Beamter oder als Beamtin und das im entsprechenden Umfang verringerte Grundgehalt der Dienstbezüge des letzten Monats als Soldat auf Zeit oder Soldatin auf Zeit.

2.3 Jährliche Sonderzahlung

2.3.1 Verfahren bis 30. Juni 2009

¹Zu den Ausgleichsbezügen für den Monat Dezember ist eine Sonderzahlung nach Maßgabe von § 4 des Bundessonderzahlungsgesetzes (BSZG) zu zahlen. ²Das Bayerische Sonderzahlungsgesetz (BaySZG) ist bei der Berechnung dieser Ausgleichsbezüge nicht heranzuziehen.

Im Juni 2009 ist aufgrund der Überleitungsvorschriften in das neue Besoldungssystem des Bundes zu den Ausgleichsbezügen für den Zeitraum von 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2009 eine einmalige Sonderzahlung nach Maßgabe des § 2 des Gesetzes über eine einmalige Sonderzahlung (ESZG) vom 5. Februar 2009 (BGBl I S. 160) zu zahlen (siehe Art. 14 des Gesetzes zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts [Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DNeuG] und das FMS vom 6. November 2009, Gz.: 23 - P 1510 - 009 - 42 440/09).

2.3.2 Verfahren ab 1. Juli 2009

¹Die jährliche Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz wurde ab 1. Juli 2009 bzw. 1. Januar 2012 in das Grundgehalt eingebaut. ²Hierfür wurden die Tabellenbeträge um 2,5 v.H. sowie um 2,44 v.H. erhöht. ³Da auch ehemalige Soldaten auf Zeit und ehemalige Soldatinnen auf Zeit, die Anspruch auf Bezüge aus einem Dienst- oder Anwärterverhältnis haben, fiktiv in das neue Besoldungssystem des Bundes überzuleiten sind, führt dies zu einer Erhöhung der für die Berechnung der monatlichen Ausgleichsbezüge zugrunde zu legenden Dienstbezüge als

ehemaliger Soldat auf Zeit oder ehemalige Soldatin auf Zeit und dementsprechend auch zu einer Erhöhung der monatlichen Ausgleichsbezüge. ⁴Die Zahlung einer Sonderzahlung zu den Ausgleichsbezügen ist hingegen nicht mehr vorgesehen.

¹Um zu vermeiden, dass die Ausgleichsbezüge ab 1. Juli 2009 durch die Integration der Sonderzahlung in die Grundgehaltstabelle zusätzlich um die bisherige Sonderzahlung des Bundes erhöht werden, ist eine Vergleichsberechnung durchzuführen. ²Zum einen ist die Jahressumme der Ausgleichsbezüge unter Berücksichtigung der Überleitung nach den Vorschriften des DNeuG festzustellen. ³Dieser Betrag dürfte in der Regel durch die Berechnung der monatlich zu zahlenden Ausgleichsbezüge bereits vorliegen. ⁴Zusätzlich sind fiktive Ausgleichsbezüge ohne Berücksichtigung der Überleitungsvorschriften (einschließlich der fiktiven jährlichen Sonderzahlung nach Nr. 2.3.1 Abs. 1) ebenfalls für das maßgebliche Kalenderjahr zu berechnen. ⁵Die Sonderzahlung nach Art. 82 ist um die Differenz der beiden jährlichen Ausgleichsbezüge zu vermindern.

2.4 Zahlung und rechnungsmäßiger Nachweis

¹Die Ausgleichsbezüge sind für Rechnung des Bundes zu leisten (§ 98 Abs. 2 SVG in Verbindung mit § 87 Abs. 2 Satz 3 SVG in der am 31. Mai 2005 gültigen Fassung). ²Aus Vereinfachungsgründen sind die Ausgleichsbezüge zusammen mit den Hauptbezügen bei der für diese Bezüge maßgebenden Verbuchungsstelle des bayerischen Staatshaushalts nachzuweisen.

2.5 Erstattung durch den Bund

Die Ausgleichsbezüge sind von der jeweils zuständigen Bezügestelle beim Bundesamt für Wehrverwaltung in Bonn, Ermekeilstr. 27, 53113 Bonn, zur Erstattung anzumelden (§ 98 Abs. 2 SVG in Verbindung mit § 87 Abs. 2 Satz 5 SVG in der bis 31. Mai 2005 geltenden Fassung; § 2 Nr. 1 der Verordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Soldatenversorgung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung vom 24. Oktober 2002, BGBl I S. 4334, geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2005, BGBl I S. 1234).

¹Ab 1. Juli 2009 werden die tatsächlich zur Zahlung kommenden Ausgleichsbezüge vom Bund nicht mehr in voller Höhe erstattet. ²Für die Anforderung der Erstattung

sind deshalb fiktive Ausgleichsbezüge zu ermitteln. ³Grundlage dieser fiktiven Ausgleichsbezüge sind die Bezüge des ehemaligen Soldaten auf Zeit oder der ehemaligen Soldatin auf Zeit unter Berücksichtigung der durch die Einbeziehung der Sonderzahlung erhöhten Bezüge und die Bezüge aus dem Dienst- oder Anwärterverhältnis zum Freistaat Bayern einschließlich eines Zwölftels der jährlichen Sonderzahlung nach Art. 82. ⁴Die Differenz daraus ergibt die fiktiven Ausgleichsbezüge die zur Erstattung anzufordern sind. ⁵Die so errechneten (fiktiven) Ausgleichsbezüge tragen der ab 1. Juli 2009 unterschiedlich ausgestalteten Besoldungssystematik des Bundes und des Freistaats Bayern Rechnung. ⁶Sie haben jedoch keine Auswirkung auf die tatsächlich zur Zahlung kommenden Ausgleichsbezüge und dienen ausschließlich der Anforderung der Erstattungsleistungen.

¹Die Erstattungsbeträge für die vorangegangenen zwölf Monate sollen beim Bundesamt für Wehrverwaltung so frühzeitig angemeldet werden, dass die Erstattungen durch den Bund noch im laufenden Rechnungsjahr vereinnahmt werden können. ²Die erstatteten Beträge sind im bayerischen Staatshaushalt von der Ausgabe wieder abzusetzen.